

11.07.2018

Entschließungsantrag

**der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP**

zum Antrag der Fraktion der AfD „Einrichtung einer Enquete-Kommission „Parallelgesellschaften und drohende No-go-areas. Wie lässt sich die Zukunft des urbanen Raums in Nordrhein-Westfalen für alle Bürger sicherstellen?“ (Drucksache 17/3022)

Die NRW-Koalition steht für Sicherheit für alle Menschen in unseren Städten – an jedem Ort und zu jeder Zeit

I. Keine Toleranz gegenüber Kriminalität

Bei der NRW-Koalition hat die innere Sicherheit Priorität. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, die Sicherheitslage spürbar zu verbessern und dabei die größtmögliche Freiheit unserer offenen Gesellschaft zu erhalten. Wir wollen bestmöglichen Schutz und starke Bürgerrechte für die Bürgerinnen und Bürger überall im Land gewährleisten – zu jeder Zeit, an jedem Ort. Dieser Grundsatz ist die Richtschnur unserer Politik.

Mit Übernahme der Regierungsverantwortung vor gut einem Jahr hat die NRW-Koalition daher den notwendigen Richtungswechsel in der Sicherheitspolitik in aller Konsequenz vorgenommen. Mit einer Null-Toleranz-Strategie gehen wir gegen jede Art von Kriminalität vor. Die gesamte Landesregierung, besonders die Ministerien des Inneren und der Justiz sowie das Ministerium für Integration, hat gemeinsam mit den Sicherheits- und Ordnungsbehörden den Kampf gegen sogenannte No-Go-Areas, Clanstrukturen, Rocker-, Banden- und organisierte Kriminalität sowie Parallelgesellschaften in all ihren Ausprägungen bereits aufgenommen.

- Im Jahr 2017 wurden bereits 2.300 Polizisten eingestellt; 2018 soll in gleichem Umfang eingestellt werden. Ab 2019 wird die Zahl auf 2.400 weiter erhöht.
- Durch die Einstellung von jährlich weiteren 500 Polizeiverwaltungsassistenten sorgen wir dafür, dass sich unsere Polizeibeamten und Polizeibeamtinnen wieder auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können.
- Die Polizei erhält eine deutlich bessere Ausstattung, u. a. mit Schutzwesten, Helmen, Bodycams und Fahrzeugen. Insgesamt investieren wir allein 2018 über 60 Millionen Euro zusätzlich in eine moderne Ausrüstung der Polizei.

Datum des Originals: 11.07.2018/Ausgegeben: 11.07.2018

- Mit der Novellierung des Polizeigesetzes wird die Polizei auch die notwendigen Befugnisse erhalten, um den neuen Herausforderungen effektiv begegnen zu können.
- In Zusammenarbeit mit Zoll und Ordnungsdiensten werden verstärkt Razzien in Brennpunkten durchgeführt.
- Polizeiliche Videobeobachtung wird als wichtiges Instrument zur Kriminalitätsbekämpfung eingesetzt.
- Um gegen Familienclans, Parallelstrukturen, Rocker und Intensivtäter vorzugehen, werden Staatsanwälte gezielt vor Ort eingesetzt. Sie können künftig dort handeln, wo Clans und Mafiagruppen ihr Unwesen treiben. Dafür arbeiten sie mit Polizei, Zoll, Steuerfahndung, Job-Center und Ordnungsamt zusammen.
- Es werden zielgerichtet und priorisiert Ermittlungsverfahren unter Ausschöpfung aller rechtlich, taktisch und technisch-logistisch vorhandenen kriminalfachlichen Möglichkeiten durchgeführt. Dazu gehören auch offene und verdeckte Maßnahmen unter Ausschöpfung aller Erkenntnisquellen.
- Gefährder behalten wir konsequent im Blick. Bei ausländischen Gefährdern nutzen wir alle Möglichkeiten des Ausländerrechts.
- Straftaten mit terroristischem Hintergrund werden zukünftig von der Zentralstelle Terrorismusverfolgung konsequent und effektiv verfolgt und alle Erkenntnisse gegen Gefährder gebündelt, um deutlich früher gegen Terrorverdächtige und Hassprediger einschreiten zu können.

II. NRW-Koalition wahrt parlamentarische Gepflogenheiten und verurteilt Diffamierung

Die genannten Maßnahmen, die hier nur exemplarisch als Teil der Gesamtstrategie aufgeführt werden, zeigen, dass die innere Sicherheit für die NRW-Koalition Priorität hat. Es ist darüber hinaus gute parlamentarische Praxis im Landtag Nordrhein-Westfalen, die Einrichtung einer Enquete-Kommission unter bestimmten Voraussetzungen nicht zu verhindern. Die Fraktionen von CDU und FDP fühlen sich diesem Geist des Parlaments auch im vorliegenden Fall verpflichtet. Sie sehen sich jedoch außerstande, dem vorliegenden Antrag zuzustimmen. Er diffamiert und stigmatisiert durch unbegründete, unangemessene, grob vereinfachende und sogar hetzerische Wertungen einzelne gesellschaftliche und religiöse Gruppen. Dies ist völlig inakzeptabel. Denn zum guten parlamentarischen Brauch gehören auch zustimmungsfähige Einsetzungsanträge.

Das Thema Sicherheit in unseren Städten hat ohne Zweifel große Bedeutung für die Menschen in Nordrhein-Westfalen und für diese Koalition. Anders als die AfD wollen wir aber eine sachliche, faktenbasierte und insbesondere ressentimentfreie, nicht diskriminierende Auseinandersetzung mit diesem wichtigen Thema. Deshalb ist eine Enthaltung bei der Abstimmung für unsere Fraktionen der einzig gangbare Weg. Sie entspricht auf der einen Seite unserer Haltung zu den parlamentarischen Gepflogenheiten auf Einrichtung einer Enquete-Kommission durch jede Landtagsfraktion. Sie signalisiert auf der anderen Seite die ausdrückliche Distanzierung von dem vorliegenden Antrag aus den genannten Gründen.

Bodo Löttgen Christof Rasche
Matthias Kerkhoff Henning Höne

und Fraktion und Fraktion